

## Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

### **Netzausbau notwendig – verstärkt Möglichkeiten für Erdverkabelung schaffen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich u.a. im Rahmen der anstehenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) dafür einzusetzen, dass:

- Hindernisse für eine Erdverkabelung von 110 kV-Hochspannungsleitungen abgebaut und Kriterien für die Ermöglichung der Erdverkabelung formuliert werden;
- auf Bundesebene weiter versucht wird, zusätzlich zu den vier Pilotprojekten weitere volkswirtschaftlich sinnvolle Teilerdverkabelung auf der 380 kV-Höchstspannungsebene zu ermöglichen;
- die Mehrkosten der Erdverkabelung bundesweit umgelegt werden;
- mehr als die gegenwärtig geltenden 60% Mehrkosten von Erdkabeln gegenüber Freileitungen von der Bundesnetzagentur anerkannt werden.
- 

Die zuständigen Fachminister der Landesregierung werden gebeten,

- im Rahmen der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 zu prüfen, inwieweit Innovationen, Forschung und Entwicklung von neuen Netztechnologien weiter unterstützt werden können;
- im II. Quartal im Ausschuss für Wirtschaft über die in Brandenburg geplanten bzw. in Bau befindlichen Projekte für neue Höchst- und Hochspannungsleitungen zu informieren.

#### Begründung:

Die Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 9. Februar 2011 zur Erdverkabelung von Stromleitungen hat deutlich gemacht, dass Erdkabel im 110 kV-Hochspannungsbereich technologisch dem Stand der Technik entsprechen, die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien erhöhen und auch ökologisch sinnvoll sind. Es ist zu erwarten, dass sich die Mehrkosten von Erdkabeln gegenüber Freileitungen aufgrund hoher Produktivitätspotentiale künftig deutlich verringern werden.

Daher ist es angebracht, der Erdverkabelung von 110 kV-Hochspannungsleitungen stärker als bisher zu ermöglichen und unnötige Hindernisse zu beseitigen. Dazu gehört, dass die Mehrkosten einer Erdverkabelung bundesweit umgelegt werden, was nach Schätzungen lediglich zu Mehrkosten von 1 € jährlich je Haushalt führen würde. Dazu gehört auch, dass die Bundesnetzagentur von der starren Regel der Anerkennung von bis zu 60% Mehrkosten der Erdverkabelung gegenüber Freileitungen abweichen und beispielsweise soziale oder ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigen kann, wo dies sinnvoll ist.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem dadurch notwendigen Netzausbau werden künftig – nicht nur in Deutschland – verstärkt Erdkabel zum Einsatz kommen. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich ist auch wirtschaftspolitisch interessant und sollte nach Möglichkeit auch im Energieland Brandenburg durchgeführt werden.

Ralf Holzschuher  
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser  
für die Fraktion DIE LINKE